

China" vorgeführt. Der Film zeigte verurteilte Gefangene, die von zwei Soldaten festgehalten wurden, während ein dritter mit Gewehr hinter ihnen stand. Auf ein Flaggenwinken schoß der dritte Soldat ins Genick des Verurteilten, der daraufhin mit dem Gesicht nach vorne zu Boden stürzte. "China exekutiert mehr Menschen als irgendein anderes Land in der Welt," lautete dazu der Kommentar Wus. -we-

*(6)

Eröffnung einer direkten Fluglinie zwischen China und Nordamerika

Am 3. Mai 1996 startete die Boeing 747 mit dem Namen "Licht Beijings" der US-amerikanischen Flugesellschaft "Northwest" vom Beijinger Flughafen in Richtung Detroit.

"Northwest" ist damit die erste Fluggesellschaft der USA, deren Maschinen direkt nach China fliegen. Nach Eröffnung der neuen Strecke verkürzt sich die Flugzeit von Beijing nach Detroit von 20 auf 13 Stunden. In der Vergangenheit hatten die Passagiere in Tokyo umsteigen müssen. -we-

Innenpolitik

*(7)

Prekäre Haushaltslage: "Übermäßige Dezentralisierung der Finanzkraft des Staates"

In einem theoretischen Grundsatzartikel hat die *Volkszeitung* Anfang Mai eines der schwierigsten Probleme der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in China aufgegriffen: die Beziehungen zwischen Zentralregierung und Provinzregierungen insbesondere im Bereich der Finanzpolitik und der Wirtschaftsregulierung. (RMRB, 2.5.96)

Da sich die chinesische Führung bislang nicht zu einer umfassenden institutionellen Neuregelung des Verhältnisses zwischen Zentrale und Regionen und zu einer verbindlichen Aufteilung der Kompetenzbereiche hat durchringen können, sind die wirtschaftspolitischen Befugnisse weiterhin im Fluß. Daran hat auch die große Finanzreform von 1993/94 nur wenig geändert, die die Institutionalisierung eines fiskalischen "Quasi-Föderalismus" und eine Stabilisierung des Haushalts der Zentralregierung verheißen hatte (siehe C.a., 1995/8, S.578-581).

Nach Einschätzung der Weltbank-Vertretung in Beijing hat das Defizit im Beijinger Haushalt inzwischen ein Ausmaß erreicht, das die makroökonomische Stabilität gefährdet. Die Bank schätzt, daß das tatsächliche chinesische Haushaltsdefizit gegenwärtig bis zu 10% des Bruttoinlandsprodukts (offizielle Angabe: 1,1% des BIP) betragen könnte. Denn in den offiziell ausgewiesenen Haushaltsdaten sind die versteckten Defizite im Staatsbankensystem, das zur Finanzierung maroder Staatsbetriebe erhalten muß, nicht enthalten. Die Weltbank-Vertretung geht davon aus, daß China zehn bis fünfzehn Jahre brauchen werde, um die Finanzbasis des Staatssektors und damit den Staatshaushalt zu konsolidieren. (SCMP, 28.4.96)

Im ersten Jahr der Anwendung des neuen Finanz- und Steuersystems (1994) hatte sich der Anteil der Zentralregierung an den gesamten Staatseinnahmen zunächst tatsächlich deutlich erhöht. Beijing hatte damals einen außerordentlich starken politischen Druck auf die Provinzfürhungen ausgeübt. Bereits 1995 aber scheint die Bereitschaft, die festgelegten Steuereinnahmen an Beijing weiterzuleiten, wieder nachgelassen zu haben. Darauf deuten die vom Finanzministerium im Frühjahr verbreiteten Angaben zur Einnahmenentwicklung des zentralen Staatshaushaltes hin (siehe C.a., 1996/3, S.261).

Nach Hongkonger Meldungen soll die Staatliche Steuerhauptverwaltung in Beijing kürzlich in einem Bericht festgestellt haben, daß viele regionale Verwaltungen die an Beijing abzuführenden Steuereinnahmen stark hinausögerten, die tatsächliche Höhe der regionalen Steuereinnahmen nicht in vollem Umfang auswiesen oder gar lokalen Unternehmen Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisteten. Darüber hinaus würden Steuerbeamte, die auf einer ordnungsgemäßen Verwaltung der Staatseinnahmen beharrten, oft von örtlichen politischen Führungen unter Druck gesetzt. (*Pingguo Ribao*, 6.5.96, nach SWB, 9.5.96)

Unregelmäßigkeiten in der Verwendung der zum Teil äußerst voluminösen extrabudgetären Einnahmen lokaler Regierungen können seit neuestem über eine Telefon-"Hotline" an das Beijinger Finanzministerium gemeldet werden. (XNA, 9.5.96) Die Zentralregierung beschreitet damit neue Wege der Finanzkontrolle gegenüber den regionalen Verwaltungen und setzt auf die Mitwirkung der "Massen".

Der jüngst in der *Volkszeitung* erschienene Beitrag kritisiert in diesem Zusammenhang offen eine "übermäßige Dezentralisierung der Finanzkraft des Staates" (*guojia caili guoyu fensan*) und hält dieser Fehlentwicklung ein Plädoyer für eine kontrollierte, "maßvolle Dezentralisierung" im Bereich der Wirtschaftsregulierung entgegen. Die Entscheidungskompetenzen im Bereich der Finanzpolitik, der Wirtschaftsregulierung und des Verwaltungsvollzugs müßten durch explizite rechtliche Bestimmungen geregelt werden. Einzelne Provinzen müßten sich bewußt werden, daß sie nur eine von mehreren "Schachfiguren" darstellten, bei deren Zügen die Gesamtkonstellation auf dem "Schachbrett" des politischen und wirtschaftlichen Systems zu berücksichtigen sei.

In dem Artikel wird der pikante Vorwurf an die Adresse der Provinzfürhungen gerichtet, sich selbstherrlich nicht nur gegenüber Beijing, sondern auch gegenüber nachgeordneten Verwaltungsebenen zu verhalten: "Provinzpartei-Komitees und Provinzregierungen können nicht die linke Hand heben, um sich über eine übermäßige Zentralisierung durch die Zentralregierung zu beschweren, zugleich aber mit der rechten Hand einen hohen Grad an Zentralisierung gegenüber Bezirken, Städten und Kreisen betreiben. Zwischen Provinz, Bezirken, Städten und Kreisen müssen die Kompetenzen zur Wirtschaftsregulierung ebenfalls rational abgegrenzt werden; die jeweiligen Vollzugs-, Finanz- und Entscheidungsbefugnisse müssen eindeutig definiert werden, um ein System zu errichten, in dem Macht und Verantwortung eine Einheit bilden." (RMRB, 2.5.96) -hei-

*(8)

Hochrangiger Mitarbeiter Zhao Ziyangs aus der Haft entlassen

Der Spitzenfunktionär Bao Tong (64), der 1989 im Gefolge der Studentendemonstrationen wegen der Weitergabe geheimer Politbüro-Informationen und wegen "Aufwiegelung" zum Widerstand gegen das Kriegsrecht zu sieben Jahren Haft verurteilt worden war, ist nach Ablauf seiner Haftstrafe Ende Mai freigelassen worden. Allerdings mußte Bao Tong die erste Woche noch unter Hausarrest außerhalb Beijings verbringen - eine Vorsichtsmaßnahme des Sicherheitsapparats, der wohl befürchtete, daß ein Auftreten Baos zum Jahrestag der Niederschlagung der damaligen Pro-

testbewegung (4. Juni) in Beijing hätte "Unruhe stiften" können. Bao war bereits am 28. Mai 1989 in Gewahrsam genommen worden und hatte keinen Einfluß mehr auf die Ereignisse Anfang Juni. (*Ming Bao*, Hongkong, 28.5.96; *Xinhua*, 27.5.96)

Bao Tong war der ranghöchste Funktionär, der wegen seiner Sympathie für die Studentenbewegung offiziell verurteilt wurde. Bao war persönlicher Sekretär und langjähriger Vertrauter von Zhao Ziyang (der 1989 zwar seines Amtes als KP-Generalsekretär enthoben, nicht aber vor Gericht gestellt wurde) und politischer Sekretär des Ständigen Ausschusses des Politbüros. Darüber hinaus war Bao Vollmitglied des KP-Zentralkomitees und Direktor des ZK-Forschungsbüros für politische Reformen.

Für weitere zwei Jahre wird der gesundheitlich geschwächte Bao laut Gerichtsurteil keine politischen Rechte genießen. Dies hat zur Folge, daß Bao ohne offizielle Genehmigung weder eigene Artikel veröffentlichen noch ausländischen Journalisten Interviews geben darf. Dies hat einen guten Grund: Bao Tong hatte 1989 über Zhao Ziyang Zugang zum innersten Zirkel der Beijinger Parteiführung und besitzt folglich höchst sensibles "Herrschaftswissen" über die damaligen Kontroversen und die Positionen individueller Entscheidungsträger im Machtzentrum. Es ist anzunehmen, daß eine Reihe amtierender oder im Ruhestand lebender Parteiführer die Eröffnungen fürchtet, die Bao Tong über ihre damalige Haltung machen könnte. Da sich solche Kenntnisse als überaus wirksame politische Waffe etwa nach Deng Xiaopings Tod erweisen dürften, ist nicht auszuschließen, daß Bao Tong nochmal eine prominente Rolle in der Beijinger Politik spielen könnte. -hei-

* (9)

Neues Anwaltsgesetz begründet Ständesrechte und -pflichten

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses hat am 15. Mai das lange erwartete Anwaltsgesetz (*lüshi fa*) der VR China verabschiedet. Gegenüber dem 1995 vorgelegten ersten Entwurf, der von den Delegierten als unbefriedigend zurückgewiesen worden war, hat der Ständige Ausschuß einige wichtige Revisionen vorgenommen.

Das Gesetz, das am 1. Januar 1997 in Kraft treten wird, legt die beruflichen Qualifikationen, Rechte und Pflichten von Rechtsanwälten fest und stärkt ihre Stellung gegenüber Gerichten und Staatsanwaltschaft. Mit dem Gesetz werden Rechtsanwälte nicht mehr auf das sozialistische Rollenverständnis als "Staatsdiener" beschränkt, sondern als Vertreter einer eigenständigen Profession anerkannt, die "die legitimen Interessen ihrer Klienten" vertritt und juristische Dienstleistungen für natürliche Personen, juristische Personen und andere Organisationen erbringt.

Die Anwaltszulassung wird erteilt nach Bestehen eines staatlichen Exams oder nach Prüfung durch die Justizbehörden. Die Gründung von Anwaltskanzleien (gegenwärtig sind noch rund 70% der Anwaltssozietäten in China staatlich) ist nach einer behördlichen Registrierung erlaubt. Jeder Anwalt muß Mitglied im Anwaltsverband werden, der zwar der Aufsicht des Justizministeriums untersteht, seine internen Angelegenheiten jedoch weitgehend selbst regeln soll. (*Xinhua*, 15./23.5.95; SCMP, 8.5.96)

Im letzten von acht Abschnitten des Anwaltsgesetzes wird festgelegt, daß der Staatsrat (das Justizministerium) spezielle Bestimmungen zur Tätigkeit von ausländischen Anwaltskanzleien in China erlassen soll. -hei-

* (10)

"Hart zuschlagen": Die neue Kampagne zur Verbrechensbekämpfung und ihre Widersprüche

Ende März hat die Beijinger Parteizentrale eine ressortübergreifende Führungsgruppe unter Leitung des Politbüromitglieds und Parlamentspräsidenten Qiao Shi eingesetzt, die mit der Koordination einer landesweiten Kampagne zur Kriminalitätsbekämpfung unter dem Motto "hart zuschlagen" (*yanda*) betraut wurde. Der Führungsgruppe, die direkt unter dem Politbüro verankert ist und uneingeschränkte, weder im Parteistatut noch in der Verfassung festgelegte Kompetenzen besitzt, gehören die wichtigsten Köpfe des chinesischen Justiz- und Sicherheitsapparates an. Mit der neuen Kampagne will die Partei ihre Regierungsfähigkeit im Bereich der öffentlichen Sicherheit demonstrieren und durch eine Politik der harten Hand Unterstützung in der Bevölkerung gewinnen.

Die Kampagne ist von zahllosen Presse- und Fernsehberichten begleitet, die die raschen Erfolge der Polizei feiern: Die Provinzmedien wetteifern untereinander geradezu in ihren Meldungen über die hohe Zahl von Kriminellen, die den Justizbehörden ins Netz gegangen sein sollen oder bereits abgeurteilt und hingerichtet wurden. Ein Schwerpunkt der Polizeimaßnahmen ist offensichtlich die Zerschlagung organisierter Verbrecherbanden, die in manchen Provinzen ganze Landstriche terrorisieren, zum Teil aber auch eng mit lokalen Behörden zusammenarbeiten.

Als besonders problematisch, was die Lage der öffentlichen Sicherheit und die Funktionstüchtigkeit des Polizei- und Justizapparates angeht, gelten die Provinzen Hunan, Guizhou, Jiangxi, Yunnan, Heilongjiang sowie die Autonome Region Ningxia. Den dortigen politischen Führungen wird vorgeworfen, die Verbrechensbekämpfung nicht mit dem nötigen Nachdruck zu betreiben. (ZM, 96/6, 15-17) Die Sicherheitslage in Tibet und Xinjiang ist ebenfalls offenkundig problematisch (siehe gesonderte Übersichten). Dort gehen die regionalen Führungen allerdings unter strenger Aufsicht Beijings mit aller Härte gegen aus ihrer Sicht bedrohliche kriminelle und politische Aktivitäten vor.

Nach plausiblen Informationen der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* sollen allein zwischen dem 15. April und dem 19. Mai landesweit knapp 300.000 Personen in Gewahrsam genommen bzw. verhaftet worden sein. Die Kampagne werde in vier Stufen bis Mitte Juli unter Hochdruck betrieben. Die Provinzfürhungen seien von Beijing angewiesen worden, eigene Führungsgruppen zur Koordinierung der regionalen Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung einzurichten. Auch seien mehrere hundert Millionen RMB Yuan vom Staatsrat für die Kampagne zur Verfügung gestellt worden. (ZM, 96/6, 15-17)

Die Beijinger Parteiführung hofft, mit Massenverhaftungen, drakonischen Strafen und Schnellhinführungen an Legitimität in der Bevölkerung zu gewinnen. Viele Chinesen sehen den rasanten Anstieg von Gewalt- und Bandenkriminalität in den letzten Jahren als Ausdruck mangelnder Regierungsfähigkeit der Kommunistischen Partei. Die offizielle Herrschaftslegitimation der Partei beruht wesentlich auf dem Anspruch, Stabilität und Ordnung in China auch

unter den Bedingungen eines tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Umbruchs aufrechterhalten zu können.

Ob die neue Kampagne jedoch zu einer dauerhaften Eindämmung der Kriminalität beitragen wird, ist sehr zweifelhaft: Ähnliche Kampagnen kehrten seit Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik (1979) etwa im Drei-Jahres-Rhythmus wieder und zeitigten, wie die Neuauflage dieses Jahres offenbart, auch aus der Sicht Beijings keine nachhaltigen Wirkungen. (SCMP, 19.5.96)

Einen sehr nachteiligen Effekt dürfte die neue Kampagne auf die jüngst durch eine grundlegende Novellierung des Strafprozeßgesetzes angestrebte Regularisierung des Justizsystems und Strafrechts ausüben: Indem die Verbrechensbekämpfung mit Hilfe politisch-administrativer Kampagnen betrieben wird, während derer die formalrechtlichen Bestimmungen häufig mit Füßen getreten und Verdächtige nach politischen Vorgaben aufgegriffen, verurteilt und hingerichtet werden, rückt der Aufbau eines "sozialistischen Rechtsstaates" und der angekündigte "Schutz der Rechte und Interessen der Bürger" in weite Ferne. -hei-

*(11)

Xinjiang: Terrorakte muslimischer Untergrundkämpfer und chinesische Straffaktionen

In der "Autonomen Region" Xinjiang (Ostturkestan), deren politische Führung einer straffen Kontrolle durch die Beijinger Zentralregierung untersteht, ist es in den letzten Monaten vor allem in südlichen Bezirken vermehrt zu Terroranschlägen und Attentaten muslimischer Untergrundgruppen gekommen. Die Attentate richteten sich unter anderem gegen muslimische Würdenträger und Religionsführer, die mit den chinesischen Behörden kooperieren. Mehrere muslimische Partei- und Staatsfunktionäre wurden wegen ihrer "Kollaboration" mit der chinesischen Herrschaft von Attentätern ermordet oder verwundet. (SCMP, 22.5.96; IHT, 28.5.96; ZXS, 31.5.96)

Die regionalen Behörden und Sicherheitskräfte verstärkten daraufhin die seit letztem Jahr laufende Kampagne zur Bekämpfung des Separatismus. In den Auseinandersetzungen zwischen Untergrundkämpfern und Sicherheitskräften sind in den letzten Monaten auf beiden Seiten zahlreiche Menschen umgekomen.

Hunderte Aktivisten oder Sympathisanten von Unabhängigkeitsbewegungen wurden verhaftet. Nach übereinstimmenden Angaben der regionalen Parteizeitung und der uighurischen Exilopposition sollen in Verbindung mit der jüngsten nationalen Kampagne zur Verbrechensbekämpfung (siehe gesonderte Übersicht) insgesamt mehrere tausend Personen (darunter wohl in der Mehrzahl gewöhnliche Kriminelle bzw. Tatverdächtige) in Xinjiang inhaftiert worden sein. (*Xinjiang Ribao*, 8.5.96, nach SWB, 24.5.96; ITAR-TASS, 2.6.96, nach SWB 3.6.96)

Die neuen Unterdrückungs- und Sicherheitsmaßnahmen wurden mit Aufrufen zur Disziplinierung der Partei-Basisorganisationen vor allem in ländlichen Gebieten verbunden. Nach Auffassung der regionalen Parteiführung in Urumqi haben separatistische Bestrebungen und religiöse Überzeugungen selbst in vielen Parteiorganen Fuß gefaßt. Die knapp 240.000 Parteimitglieder in Xinjiang (das entspricht nur rund 1,5% der dortigen Bevölkerung) würden deshalb zur Zeit intensiven Schulungen unterzogen. Auch müsse der Personenschutz bei gefährdeten Parteikadern und "patriotischen" (d.h. gegenüber Beijing loyalen) Muslimen verbessert werden. (Xinhua, Urumqi, 2.6.96, nach SWB, 6.6.96; *Xinjiang Ribao*, 10.5.96, nach SWB, 6.6.96)

Durch eine engere Kooperation mit den muslimisch dominierten Nachbarstaaten in Zentralasien versucht Beijing seit einigen Jahren, grenzübergreifenden Widerstandsbewegungen vor allem der uighurischen Bevölkerungsgruppe den Boden zu entziehen. Die chinesische Politik hatte mit dieser Taktik vor allem in der Zusammenarbeit mit der kasachischen Regierung Erfolg (in Kasachstan leben rund 200.000 Uighuren, darunter auch mehrere prominente Vertreter der kurzlebigen prosovjatischen Republik Ostturkestan, die 1949 von den chinesischen Kommunisten zerschlagen wurde).

Seitdem 1994 eine einvernehmliche Regelung des Grenzverlaufs und des Wirtschaftsaustausches zwischen China und Kasachstan erreicht und im März 1996 ein multilaterales Abkommen über militärische Entspannungsmaßnahmen an der Grenze beschlossen wurden, geht die Regierung in Alma Ata - ganz im Sinne Beijings - konsequent gegen die uighurische Unabhängigkeitsbewegung in Kasachstan vor. Der kasachische Außenminister stellte Mitte Mai fest, daß

"alle Organisationen, die gegen einen anderen Staat agitieren", verboten seien: "Wir sind gegen Separatismus und gegen separatistische Strömungen in der VR China."

Demonstrationen uighurischer Exilgruppen vor der chinesischen Botschaft in Alma Ata werden bereits seit 1994 unterbunden, was ein uighurischer Nationalist jüngst resigniert kommentierte: "Die Kasachen haben uns an China verkauft. Niemand unterstützt uns." Eine selbstverschuldete Tragödie der Uighuren sei es allerdings, untereinander stets gespalten zu sein: "Wir können uns nicht zusammenschließen. Wir haben nicht einmal einen Führer wie die Tibeter." (FT, 25./26./27.5.96)

China hat die Abstimmung mit der kasachischen Regierung dazu genutzt, den Druck auf die uighurische Unabhängigkeitsbewegung zu verstärken. Die jüngsten Terrorakte von Untergrundgruppen in Xinjiang bieten Beijing nun den Anlaß zu einem weiteren schweren Schlag gegen die uighurische Opposition. -hei-

*(12)

Tibet: Beijing verstärkt Druck auf "reaktionäre" religiöse Kräfte

Im letzten Jahr hatten der Dalai Lama im indischen Exil einerseits und mit Beijing kooperierende Lamas in Tibet andererseits zwei unterschiedliche Kinder als Reinkarnation des Panchen Lama benannt (siehe C.a., 1995/12, 1115-1126). Seitdem ist ein heftiger Streit zwischen Teilen der religiösen Hierarchie Tibets und der von Beijing eingesetzten regionalen Führung um die Rechtmäßigkeit der jeweiligen Reinkarnationen entbrannt, der durch gezielten politischen Druck aus Beijing weiter angefacht wird.

Im April sprach die chinesisch kontrollierte Verwaltung in Lhasa ein Verbot aus, Bilder des Dalai Lama in öffentlichen Räumen und Klöstern auszuhängen. Darüber hinaus wurde eine seit dem letzten Jahr in Tibet angelaufene Kampagne verstärkt, die nicht nur die Diskreditierung des Dalai Lama als politischer Repräsentant eines autonomen Tibet, sondern vielmehr auch die Unterminierung der religiösen Autorität des Dalai Lama zum Ziel hat. Nachdem die chinesische Herrschaft seit den achtziger Jahren die tiefe religiöse Verehrung des Dalai Lama in Tibet zumindest geduldet und die Präsentation von Bildern des religiösen Oberhauptes auch in

öffentlich zugänglichen Tempeln in vielen Fällen hingenommen hatte, hat sich Beijing nun zu einer offensiven Bekämpfung und Zurückdrängung der Anhänger des Dalai Lama in Tibet entschlossen. Beijing beabsichtigt offenbar, mit Hilfe des "eigenen" Panchen Lama langfristig eine kooperationsbereite lamaistische Hierarchie in Tibet zu kultivieren und nicht nur den politischen, sondern auch den religiösen Einfluß des Dalai Lama zurückzudrängen. (FAZ, 25.5.96)

In mehreren Klöstern ist es seit Bekanntgabe des "Bilderverbots" zu Auseinandersetzungen zwischen Mönchen, Funktionären und Sicherheitskräften gekommen. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen und auch zur Schließung einzelner Klöster, deren Mönche gewaltsamen Widerstand gegen die Anweisung, Bilder des Dalai Lama zu entfernen, leisteten. In einem offiziellen Zeitungsbericht wurde kritisiert, daß "Größe und Einfluß der Klöster außer Kontrolle geraten" seien und daß einige Klöster zur "Basis für separatistische Sabotageaktivitäten" geworden seien. Es sei deshalb notwendig, die Zahl der Mönche zu begrenzen und den irregulären Bau von Tempeln zu unterbinden. (*Xizang Ribao*, 13.5.96, nach SWB, 1.6.96)

Daß die Beijinger Politik in Tibet nicht nur unter Mönchen und Bevölkerung, sondern auch unter hochrangigen Funktionären auf Kritik stößt, wurde in der Amtsenthebung eines der stellvertretenden Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz Tibets manifest: Chardrel Rinpoche, der führend an der offiziellen Suche nach der Reinkarnation des Panchen Lama beteiligt war, wurde ausdrücklich "mit Billigung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei" seiner Funktionen in der Konsultativkonferenz entbunden, da er dem Organisationsstatut (das strikte Loyalität gegenüber Beijing vorschreibt) "schwerwiegend zuwidergehandelt" habe und nicht mehr den Status einer "patriotischen Persönlichkeit" einnehmen könne. Mit dieser Personalentscheidung habe man zur "Reinigung" des regionalen "Einheitsfront"-Organs beigetragen. (Tibet Volksradio, 22.5.96, nach SWB, 25.5.96)

Bereits im April hatte Beijing in einer gemeinsamen Direktive des Staatsrats und der Zentralen Militärkommission einen neuen Kommandeur der paramilitärischen Bewaffneten Volkspolizei in Tibet ernannt, die mit Aufgaben der

Unruhebekämpfung betraut ist. Schlagkraft und politische Verlässlichkeit des regionalen Sicherheitsapparats sollen damit offenbar gestärkt werden. (*Xizang Ribao*, 8.4.96, nach SWB, 4.5.96)

Im letzten Jahr hatten regionale Medien mehrfach über Illoyalitäten und Organisationsschwächen in den Basisorganen der Kommunistischen Partei in Tibet geklagt. Im Mai rief die parteioffizielle *Tibet-Zeitung* nun erneut zu einer Disziplinierung von Partei- und Verwaltungsorganisation auf, deren Kader eine "klare Trennungslinie" zwischen sich und der "separatistischen Dalai-Clique" ziehen müßten. "Eine sehr kleine Zahl von Kadern" schicke sogar ihre Kinder in Schulen "jenseits der Grenze", die vom Dalai Lama betrieben würden. Parteimitglieder und Führungskader dürften jedoch keinesfalls einer Religion anhängen. (*Xizang Ribao*, 13.5.96, nach SWB, 1.6.96) -hei-

* (13)

Tag der Arbeit: Proteste von Straßenhändlern in Beijing

Am Tag der Arbeit, an dem die Parteiführung und der offizielle Gewerkschaftsverband alljährlich die herausragende Rolle der arbeitenden Bevölkerung für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt preisen, kam es in der Nähe eines Beijinger Straßenmarktes und vor einzelnen Behördengebäuden im Westteil Beijings zu Protestkundgebungen von über hundert Textilhändlern. Die Händler beschuldigten die Leitung des Baiyun-Großmarktes, sie betrogen zu haben: Die Kleiderhändler hätten ihr gesamtes Vermögen in die Pachtung und den Ausbau von Verkaufsständen auf dem Gelände des staatlichen Marktes investiert. Ihnen sei anfänglich eine zwölfjährige Pachtzeit zugesagt worden. Nun aber wurde der Markt kurzerhand in eine offenbar profitablere Verkaufsstätte für Unterhaltungselektronik umgewandelt. Die Textilhändler fanden sich auf die Straße gesetzt, Teile ihrer Waren sollen gar beschlagnahmt worden sein.

Als Beschwerden bei Regierungs- und Polizeibehörden ohne Wirkung blieben, taten sich die vertriebenen Händler zu einem Protestzug vor der Marktanlage zusammen und hängten Plakate aus wie "Wir fordern eine Entschädigung von den Betrügern und Gerechtigkeit nach dem Gesetz", aber auch Hinweise auf ihre materielle Notlage wie "Ich muß meine Familie ernähren" oder "Ich muß

meinen Kindern die Schule bezahlen". Der Protest wurde von Polizisten gewaltsam aufgelöst. Mehrere Händler sollen in Gewahrsam genommen worden sein. (IHT und SCMP, jeweils 2.5.96) -hei-

Wissenschaft, Bildung Gesellschaft, Kultur

* (14)

Berufsbildungsgesetz verabschiedet

Am 15. Mai 1996 hat der Ständige Ausschuß des NVK das langerwartete Berufsbildungsgesetz verabschiedet. Es tritt am 1. September in Kraft. Damit ist die Mitte der achtziger Jahre von der Regierung in Angriff genommene Bildungsgesetzgebung um einen wichtigen Bestandteil erweitert worden. Vorausgegangen waren das Schulpflichtgesetz von 1986, das Lehrgesetz von 1993 und das Bildungsgesetz von 1995. Der Berufsbildungssektor ist in China seit je das schwächste Glied im gesamten Bildungssystem. Berufliche und technische Bildung wurde bislang vorwiegend am Arbeitsplatz erworben, so daß die Zahl der Berufsschulen vergleichsweise gering ist. Dies soll nun anders werden. Künftig muß jeder Angestellte und Arbeiter die für seine Beschäftigung notwendige Qualifikation mit entsprechenden Zeugnissen vorweisen können. Verantwortlich sind nach dem neuen Gesetz die örtlichen Regierungen sowie die Branchen-, Betriebs- und Unternehmensorganisationen. Die Berufsbildung kann auf Grundschul-, Mittel- und Hochschulebene stattfinden, zur Hauptsache jedoch auf der Sekundarstufe II, d.h. im Anschluß an die neun Pflichtschuljahre. Ausdrücklich sind die verschiedensten Formen von Berufsschulen vorgesehen; Betreiber können die örtlichen Regierungen von der Kreisebene an aufwärts sein, aber auch Dörfer, Betriebe, Unternehmensorganisationen, gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen. Auch die Finanzierung speist sich aus verschiedenen Quellen, vor allem aus öffentlichen Haushalten, Mitteln der Unternehmen, Schulgeld von den Auszubildenden und Spenden.

Im folgenden werden die wichtigsten Bestimmungen des aus 5 Kapiteln und 40 Artikeln bestehenden Gesetzes vorgestellt: